



Antrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Jan Schiffers, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Sicherung des Fachkräftebedarfs in Bayern: Berufsausübung sowie Ausbildungen, Fort- und Weiterbildungen ohne Impf- und Boosterzwang ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Sicherung des Fachkräftebedarfs insbesondere in medizinischen und Pflegeberufen, aber auch in anderen Berufsfeldern

1. alle Bestimmungen und Einschränkungen der Infektionsschutzmaßnahmenverordnung aufzuheben, die für Teilnehmer von Lehrgängen und Ausbildungen sowie für Prüfungen gelten, und eine Impfung, Genesung oder gar eine „Boosterung“ als Voraussetzung für eine Teilnahme oder den Zutritt zu Lehrgangs- oder Prüfungsräumen zu erklären. Hierbei sind in § 5 der aktuell geltenden 15. Infektionsschutzmaßnahmenverordnung die Worte „zu außerschulischen Bildungsangeboten einschließlich der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Musikschulen, Fahrschulen und der Erwachsenenbildung und infektiologisch vergleichbaren Bereichen“ ersatzlos zu streichen.
2. jede Art von coronabedingter Einschränkung der Berufsausübung aufgrund einer nicht durchgeführten Impfung oder „Boosterung“ auszuschließen.

Begründung:

Zwar hat die Staatsregierung am 25.01.2022 angekündigt, bei einer künftigen Änderung der 15. Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung den Besuch von Schulungen, Meisterkursen und Fahrschulen ohne 2G-Bedingungen zu ermöglichen, sodass stattdessen auch negative Testergebnisse als Bedingung für eine Teilnahme gültig sein sollen. Allerdings gehen diese Erleichterungen nicht weit genug.

Auch Weiterbildungen jenseits der Meisterkurse sind wichtig für die Sicherung der Fachkräfte in Bayern. Die Teilnahme an Weiterbildungen aller Art sollte auf jeden Fall mit einem negativen Testergebnis möglich sein. Noch sinnvoller wäre es, gar keine Beschränkungen für die Teilnahme an Weiterbildungen und Meisterkursen vorzugeben.

Darüber hinaus zeichnet sich durch die bevorstehende Impfpflicht für Gesundheitsberufe, die möglicherweise auch für andere Berufe in pflegerischen Einrichtungen gelten soll, ein erheblicher Rückgang des Fachkräfteangebots ab. Viele Mitarbeiter, die sich nicht impfen lassen wollen, werden kündigen bzw. gekündigt und stehen anschließend dem Arbeitsmarkt nicht mehr in ihren bisherigen Berufen zur Verfügung.

Diese Lücke kann auch durch eine qualifizierte Zuwanderung aus anderen Ländern nicht kompensiert werden, weil die Arbeitsbedingungen in Deutschland wegen der coronabedingten Beschränkungen im Vergleich zu anderen Ländern nicht mehr attraktiv sind. Dazu kommt, dass bereits heute viele Pflegekräfte aus Osteuropa Deutschland den Rücken kehren, weil die im Vergleich höheren Verdienstmöglichkeiten mittlerweile nicht mehr den ausreichenden Abstand zu den Herkunftsländern aufweisen.

Um einen Zusammenbruch des Gesundheitssystems durch eine drastische Vergrößerung des Fachkräftemangels in den nächsten Monaten zu vermeiden, sind sofortige Signale der Staatsregierung gegen eine Impfpflicht geboten. Schon heute geben viele Fachkräfte in medizinischen und pflegerischen Berufen, für die eine Impfpflicht geplant ist, ihren Arbeitsplatz auf und suchen sich eine andere Beschäftigung im Ausland oder in einem anderen Beruf.